



DUH-Hintergrund

Atomausstieg und Klimaschutz

Zum Gutachten „Energieszenarien für den Energiegipfel 2007“¹ der Prognos AG und des Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln (EWI) im Auftrag der Bundesregierung

Das Prognos/EWI-Gutachten untersucht auftragsgemäß drei **Szenarien**:

1. Szenario „Koalitionsvertrag“: Ausstieg wie im Atomgesetz festgelegt, 20% Strom aus erneuerbaren Energien bis 2020, Verdoppelung der Energieproduktivität bis 2020, beim Emissionshandel 50% Versteigerung der Zertifikate ab 2013 und 100% ab 2018.
2. Szenario „Längere Laufzeiten von Kernkraftwerken“: alle heute noch am Netz befindlichen verbliebenen 17 Atomkraftwerke sind auch 2020 noch am Netz, ansonsten wie 1.
3. Szenario „Stärkerer Ausbau der erneuerbaren Energien“: Ca. 30% Strom aus erneuerbaren Energien bis 2020, ansonsten wie 1.

Die **Ergebnisse** der Gutachter stellen zentrale energiepolitische Positionen sowohl von CDU/CSU als auch der SPD in Frage:

- Prognos und EWI zeigen, dass Atomausstieg und anspruchsvolle Klimaziele sehr wohl vereinbar sind.
- Das Szenario „Atomenergie“ spart nicht, sondern führt zu Mehrkosten für die Volkswirtschaft gegenüber dem Atomausstieg.
- Die Strompreise würden bei ungebremstem Weiterbetrieb aller Atomkraftwerke im Jahr 2020 gerade einmal 1,2 (!) Cent/kWh niedriger liegen.
- In allen drei Szenarien werden wegen der Versteigerung der Emissionszertifikate ab 2013 keine neuen Braun- oder Steinkohlekraftwerke mehr gebaut. Damit steht auch die Entwicklung der von den Stromkonzernen propagierten Kohlendioxidabscheidung und –Lagerung (CCS-Technik) in Frage.
- Gebaut werden ausschließlich neue Gaskraftwerke. Trotzdem steigt die Abhängigkeit von Gasimporten nicht, weil die verstärkte Wärmedämmung im Gebäudebereich zu einem massiven Rückgang der Gasnachfrage im Wärmemarkt führt.

¹ An die Öffentlichkeit gegeben wurden bisher nur die „visualisierten und kommentierten Ergebnisse“, die Vertretern der Gipfelteilnehmer am 7. Mai 2007 in Berlin präsentiert und anschließend auch ausgewählten Journalisten vorgestellt wurden. Auf sie und Zahlenmaterial aus dem Originalgutachten stützt sich diese Ausarbeitung

Ergebnisse in Daten

	Szenario „Koalitionsvertrag“	Szenario „Längere Laufzei- ten von Kern- kraftwerken“	Szenario „Verstärkter Aus- bau erneuerbare Energien“
Anteil EE an der Strom- produktion	24,4%	23,5%	29,7%
Treibhausgasemissionen 2020 gegenüber 1990	- 39,1%	- 45,3%	- 41,3%
Strompreise private Haushalte je kWh	2005: 19,5 Cent 2010: 19,4 Cent 2015: 19,7 Cent 2020: 19,6 Cent	2005: 19,5 Cent 2010: 19,5 Cent 2015: 18,9 Cent 2020: 18,4 Cent	2005: 19,5 Cent 2010: 19,9 Cent 2015: 20,0 Cent 2020: 20,5 Cent
Strompreise Industrie je kWh	2005: 10,7 Cent 2010: 10,9 Cent 2015: 11,6 Cent 2020: 11,7 Cent	2005: 10,7 Cent 2010: 10,9 Cent 2015: 10,8 Cent 2020: 10,6 Cent	2005: 10,7 Cent 2010: 11,3 Cent 2015: 11,7 Cent 2020: 12,4 Cent
Mehrkosten für die Volks- wirtschaft des EE- bzw. Atom-Szenarios gegen- über dem Koalitions- Szenario		2010: 0,1 Mrd. € 2015: 0,3 Mrd. € 2020: 0,1 Mrd. €	2010: 0,6 Mrd. € 2015: 2,1 Mrd. € 2020: 4,6 Mrd. €

Das Szenario „Verstärkter Ausbau erneuerbarer Energien“ entspricht am ehesten dem Beschluss der Europäischen Regierungschefs vom 9. März 2007, wonach die erneuerbaren Energien massiv mit dem verbindlichen Ziel von 20% des Primärenergieverbrauchs der EU bis 2020 ausgebaut werden sollen.

Alle drei Szenarien stehen und fallen mit der tatsächlichen Umsetzung der Koalitionsvereinbarung einer „Verdoppelung der Energieproduktivität bis 2020“. Dazu sind erhebliche zusätzliche Anstrengungen erforderlich. Mit den bisherigen Instrumenten lässt sich weder eine Verdoppelung der Kraft-Wärme-Koppelung, noch eine Verdoppelung der jährlichen energetischen Gebäudesanierung, noch eine Orientierung der Kunden auf die energieeffizientesten Geräte und Maschinen oder eine drastische Senkung des Spritverbrauchs im Verkehrssektor umsetzen.

Die Bundesregierung ist bislang den Nachweis schuldig geblieben, dass sie das Ziel der Verdoppelung der Energieproduktivität tatkräftig angeht.

Für Rückfragen:

Rainer Baake, Bundesgeschäftsführer, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin, Tel.: 030 258986-0, Mobil: 0151 55016943, Fax: 030 258986-19, E-Mail: baake@duh.de

Dr. Gerd Rosenkranz, Leiter Politik und Presse, Hackescher Markt 4, 10178 Berlin, Tel.: 030 258986-0, Fax: 030 258986-19, Mobil: 0171 5660577, E-Mail: rosenkranz@duh.de